Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 und die Tischvorlage zu Tagesordnungspunkt 3 wurden zur Beratung zusammengefasst. Zum Thema Erstes KiBiz-Änderungsgesetz verwies **Ltd. KVD´in Schrödl** auf den Inhalt der umfangreichen Vorlage. Sie sehe insbesondere die Deckelung des Ausbaus der 45-Stunden-Betreuung auf 4 % mit großer Sorge. Denn das Kreisjugendamt habe vom Kindergartenjahr 2009 / 2010 auf das Kindergartenjahr 2010 / 2011 eine Steigerung von über 6 % der 45-Stundenbetreuung gehabt. Im letzten Kindergartenjahr habe die Steigerung bei 4 % gelegen. Es zeichne sich aber bereits jetzt ab, dass der Bedarf einer 45-stündigen Betreuung nach wie vor deutlich ansteige. Der Landrat habe an die zuständige Ministerin den Antrag gestellt, eine am Bedarf der Eltern orientierte Überschreitung zuzulassen, habe hierzu aber noch keine Antwort. Auf Fragen der **Abg. Frohnhöfer** und **Herchenbach-Herweg** erklärte die Verwaltung, dass nach der Elternbefragung in 2009 kein Bedarf für eine 24-Stunden-Öffnung in einer Tageseinrichtung erkennbar sei (Modell Troisdorf). Der Bedarf für eine Randstundenbetreuung zeige sich nur in Einzelfällen, hier werde Einzelfallbezogen eine Versorgung in der Tageseinrichtung beziehungsweise überwiegend in der Tagespflege sichergestellt.

Der gemeinsame Antrag der CDU – Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einvernehmlich als Antrag zur Geschäftsordnung behandelt und der Antrag der SPD – Kreistagsfraktion daher zurückgestellt. **Ltd. KVD´in Schrödl** stellte klar, dass das Land zurzeit lediglich einen monatlichen Abschlag auf den Ertragsausfall aus dem beitragsfrei gestellten Kindergartenjahr zahle, der vielleicht für andere Jugendämter auskömmlich sei (Beispiel Düsseldorf, hier würden keine Elternbeiträge gefordert, oder Jugendämter, deren Aufkommen aus Elternbeiträgen deutlich unter 19 % liege), keineswegs aber für das Kreisjugendamt. Wann und in welcher Höhe tatsächlich der endgültige Ausgleich des Landes feststehen werde, sei zeitlich nicht einschätzbar. Selbst die Aushandlung zum Konnexitätsausgleich für den U3 Ausbau des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden ziehe sich schon deutlich über ein Jahr hin. Das Kreisjugendamt habe zurzeit einen Einnahmeausfall von 60.000

€ monatlich, der von den Abschlagszahlungen des Landes nicht gedeckt werde (Die genaue Aufstellung des Einnahmeausfalles, der Abschlagszahlungen und des daraus resultierenden Defizits ist Anlage 2 zu entnehmen). Dies obwohl die zuständige Ministerin gegenüber dem Landrat in einem Schreiben die auskömmliche Erstattung zugesagt habe. Sofern noch vor der Sitzung am 09.12.2011 weitergehende Informationen der Ministerin vorlägen, werde entsprechend berichtet. Im Bereich des Kreisjugendamtes gebe es 1.305 Familien mit beitragsfreien Vorschulkindern, davon gebe es in 258 Familien mindestens ein Geschwisterkind in der Tagespflege oder in einer Tageseinrichtung. Die Verwaltung werde mit den Bürgermeistern der Jugendamtsgemeinden klären, wie zu verfahren sei, wenn die Erstattung des Landes die wegfallenden Elternbeiträge nicht ersetze. Insbesondere, ob die Bürgermeister bereit seien, dies über die Jugendamtsumlage zu finanzieren oder ob dies durch eine veränderte Elternbeitragssatzung bzw. einen Verzicht auf die Geschwisterkinderbefreiung aufgefangen werden müsse. Um eine Entscheidung über die weitere Gestaltung der Elternbeiträge treffen zu können, müsse aber zunächst feststehen, in welcher Höhe das Land tatsächlich die durch den Wegfall der Elternbeiträge entstehenden Einnahmeausfälle ersetze.